

PRESSE INFORMATION

Geschäftsstelle
Rathausufer 8
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 8 99 31 67
Fax: 0211 / 8 93 31 67
e-Mail: annette.steller@stadt.duesseldorf.de
www.spd-duesseldorf.de

Düsseldorf, 09.12.2008

Anträge der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2009 **- Themenschwerpunkte Arbeit, Bildung, Wohnen und Verkehr -**

Beschäftigungsoffensive für Langzeitarbeitslose, Studierende an Düsseldorf binden, Industriestandort Süd sichern

Düsseldorf hat den Wandel vom Produktions- zum Dienstleistungsstandort gut bewältigt. Im tertiären Bereich bietet die Stadt Arbeits- und Ausbildungsplätze, die auch für Menschen aus dem Umland attraktiv sind.

Gleichzeitig können die heute noch verbliebenen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe nicht mehr mit an- und ungelernten Arbeitskräften besetzt werden, da in allen Bereichen von Handwerk und Industrie hohe Anforderungen an die Bedienung von Maschinen und technischen Zusammenhängen gestellt werden.

Diese Entwicklung ist für Langzeitarbeitslose, benachteiligte Jugendliche und Arbeitslose mit Erwerbsminderung äußerst problematisch. Auch deshalb hat die Stadtverwaltung z. Z. rd. 350 sog. „1-Euro-Jobber“ beschäftigt. Die mit diesen Maßnahmen eigentlich beabsichtigte spätere Übernahme in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse findet aber nur sehr selten statt. Deshalb wollen wir eine Beschäftigungsoffensive für Langzeitarbeitslose starten und den städtischen Ämtern ein Anreiz bieten, ihre Personalbedarfe auch aus dem Kreis dieser Arbeitnehmer/innen zu decken.

Deshalb möchten wir, dass

- **die willkürliche und nicht nachvollziehbare Kürzung des SN 1 um 2 Mio € zurückgenommen wird und dass der SN 1 um diese Summe wieder erhöht wird,**
- **Beschäftigte, die bei der Stadt Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsvariante (sog. „1-Euro-Jobs) wahrnehmen, die Möglichkeit erhalten, sich auf interne und externe Stellenausschreibungen der Stadt gleichrangig zu bewerben,**

- **die Ämter und Dienststellen, die eine Bewerberin/einen Bewerber aus diesem Personenkreis in eine unbefristete Festanstellung übernehmen, zusätzliche Budgetmittel in Höhe der für 1 Jahr anfallenden Personalkosten dieser Stelle, erhalten,**
- **der Rat hierfür zweckgebundene Mittel in Höhe von 2,8 Mio. € zur Verfügung stellt.**

Wir gehen davon aus, dass mit einem solchen Programm im ersten Schritt rund 35 Festanstellungen realisiert werden können.

Neben seiner Stärke im Bereich der Dienstleistungen ist Düsseldorf auch ein innovativer Wissenschaftsstandort. Mit der Heinrich-Heine-Universität, der Fachhochschule Düsseldorf sowie den Kunst- und Musikhochschulen bildet Düsseldorf einen starken und leistungsfähigen Hochschulstandort.

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen zur gesellschaftlichen Teilhabe und individueller Persönlichkeitsentwicklung. Sie muss daher jedem Jugendlichen offen stehen, unabhängig von seiner sozioökonomischen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Das Land NRW hat allgemeine Studiengebühren eingeführt und es damit vielen Jugend erschwert, ein Studium aufzunehmen.

Um die finanzielle und soziale Situation der Studierenden in Düsseldorf zu verbessern und um die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschulen zu verdeutlichen, beantragen wir

- **einen Studienfond in Höhe von 200.000 € einzurichten. Damit sollte Düsseldorf ähnlich wie Duisburg Praktika für Düsseldorfer Studierende einrichten und finanzieren,**
- **dass die Stadt für die Praktikantinnen und Praktikanten mit Erstwohnsitz in Düsseldorf bei einer Mindestarbeitszeit von ca. 50 Stunden pro Semester die Studiengebühren übernimmt.**

Mit diesen Praktikumsplätzen innerhalb der vielfältigen Bereiche der Stadtverwaltung (Kultureinrichtungen, Finanzwesen, Öffentlichkeitsarbeit, u. a.) kann die Stadt zum einen akademischen Nachwuchs frühzeitig an sich binden und von dessen wissenschaftlichem Know-how profitieren. Auf der anderen Seite sammeln Studierende Praxiserfahrung und können ihr aktuell erlerntes Wissen in der Arbeitswelt und zum Wohle der Stadt Düsseldorf einsetzen.

Auch ist es Aufgabe der Stadt, sich um ihre verbliebenen Düsseldorfer Industriebetriebe zu kümmern. So müssen sich die Industriebetriebe im Düsseldorfer Süd einem permanenten Anpassungsprozess an die Bedürfnisse ihrer Kunden stellen. Aufgrund

der inzwischen erreichten Dimensionen können viele Güter aber nur noch mit Schwerlasttransportern von den Produktionsanlagen bis zum Hafen Reisholz transportiert werden. Die dabei zu querende Bahnunterführung an der Bamberger Straße ist in ihrem Querschnitt nicht ausreichend dimensioniert, so dass auf eine Querung der stark frequentierten Eisenbahnverbindung Düsseldorf-Köln zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der dichten Zugfolge erteilt die Deutsche Bahn AG kaum noch Ausnahmegenehmigungen zur Querung Ihrer Gleisanlagen. Durch eine bauliche Umgestaltung der Unterführung an der Bamberger Straße kann auf die Überführung der Eisenbahnanlagen verzichtet werden.

- **Wir beantragen deshalb die Realisierung dieses Bauprojektes und wollen dafür 2 Mio. € im Haushalt bereitstellen. Damit wollen wir einen aktiven Beitrag zur Sicherung der Industriestandorte im Düsseldorfer Süden leisten.**

Bildung für alle von Anfang an

Ziel sozialdemokratischer Familien- und Bildungspolitik sind gute Startchancen für alle Kinder sowie bessere Möglichkeiten für Eltern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche von Anfang an die bestmöglichen Bildungschancen erhalten.

Deswegen haben wir im Jugendhilfeausschuss (JHA) beantragt, den Kindertagesstätten in sozial benachteiligten Sozialräumen mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Gruppenstärken insgesamt zu senken, sowie feste Stellen für die Sprachförderung zu schaffen. Unsere Anträge haben im JHA eine Mehrheit gefunden. Da aber alle diese Anträge gegen die Mehrheitsfraktionen beschlossen wurden, haben CDU und FDP angekündigt, diese Beschlüsse im Rat rückgängig zu machen.

Darüber hinaus wird die SPD im Rat beantragen, dass

- **ab dem nächsten Kindergartenjahr auf die Erhebung von Elternbeiträge für alle Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren verzichtet und**
- **die Mittagsverpflegung bei allen Düsseldorfer Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen zukünftig beitragsfrei bereitgestellt wird,**

Das finanzielle Gesamtvolumen dieses „Düsseldorfer Familienpakets“ umfasst nach unseren Berechnungen für 2009 ca. 15 Mio. €.

Wohnungsbau fördern

Als Reaktion auf die Untersuchungsergebnisse von InWis, dass in Düsseldorf bis zum Jahr 2020 zusätzlich 28.000 neue Wohnungen erforderlich sind, erwartet die Verwaltung von der SWD, jährlich 100 neue Wohnungen zu errichten.

Die zusätzlich erforderlichen Wohnungsneubauten leiten sich aus dem Ziel der Landeshauptstadt Düsseldorf ab, dass bis zum Jahr 2020 rd. 600.000 Einwohner in Düsseldorf leben sollen. Dies entspräche – gerechnet ab 2009 – einem Fertigstellungsziel von 2.335 Wohneinheiten pro Jahr bis 2020. Zurzeit werden jährlich nur rund 1.000 Wohnungen brutto errichtet, d. h. hier sind noch die Wohnungen abzuziehen, die durch Abriss, Wohnungszusammenlegungen und Umnutzung verloren gehen.

Eine höhere Nachfrage wird zu steigenden Mietpreisen führen. In Bezug auf eine ausgeglichene Sozialstruktur im Stadtgebiet kann sich diese Entwicklung negativ auswirken. Finanziell besser gestellte Haushalte werden die weniger gut verdienenden Haushalte in die Randbereiche oder ganz aus der Stadt verdrängen. Zudem würde das Ziel von 600.000 Einwohnern konterkariert, weil Bezieher höherer Einkommen i. d. R. Regel mehr Wohnraum beanspruchen.

Deshalb beauftragen wir die Verwaltung beauftragen:

- **mit der Düsseldorfer Wohnungswirtschaft und potenziellen Investoren Gespräche mit dem Ziel zu führen, in einer konzertierten Aktion bis zum Jahr 2020 jährlich durchschnittlich 2.500 Wohnungen zusätzlich zu errichten.**
- **dass von diesen 2.500 Wohneinheiten 1/3 in Eigentum (Einfamilienhäuser und/oder Eigentumswohnungen), 1/3 frei finanzierten Geschosswohnungsbau und 1/3 öffentlich geförderter Wohnungsbau unterschiedlicher Förderstufen errichtet werden.**
- **das Eigenkapital der städtischen Wohnungsbaugesellschaft AG (SWD) durch eine Kapitalzuführung von je 6 Mio. € für das Haushaltsjahr 2009 ff. zur Errichtung von 100 Wohneinheiten (ca. 7.000m² Wohnfläche) pro Jahr erhöhen.**

CO 2 arme Stadtquartiere entwickeln

Architekten und Stadtplaner wie Sir Norman Foster aus London und MVRDV aus Rotterdam arbeiten weltweit daran, Siedlungen und Städte zu entwickeln, die den Anforderungen urbaner Standorte im Post-Carbon-Zeitalter gerecht werden. Ziel ist es, durch Anwendung verfügbarer Technologien und Umsetzung vorhandenen Wis-

sens CO₂-emissionsarme-/lose Arbeits-, Wohn- und Lebensräume zu gestalten.

Deutschland verfügt über das technische Know-how zur rationellen Erzeugung und Verteilung/Anwendung erneuerbarer Energien, das sich die interdisziplinär besetzten Entwicklerteams der Öko-Stadtprojekte gern zu Nutze machen. Dieses Wissen wird Deutschland unter Beteiligung der Landeshauptstadt Düsseldorf auf der Expo in Shanghai (Motto: „Better City, better Life“) einem internationalen Publikum präsentieren. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird sich mit einem eigenen Beitrag zum Thema „balancity – eine Stadt im Gleichgewicht“ beteiligen. Diesen eingeschlagenen Weg möchten wir auch auf lokaler Ebene voranbringen und beauftragen deshalb die Verwaltung

- **mit der Entwicklung eines CO₂-neutralen/-armen Stadtquartiers. Zur Vorbereitung einer umfassenden Stadtquartiersentwicklung sollen 750.000 € für städtebauliche Planungsleistungen zur Verfügung stehen.**

Barrierefreie Haltestellen schaffen, Beschleunigungsprogramm für Busse und Bahnen umsetzen, regionale Netzerweiterung im ÖPNV, Sozialticket einführen

Ein verstärkter Ausbau der vorhandenen Bus-, Stadt- und Straßenbahnprojekte und deren weitere Vernetzung mit dem Umland wird ein zusätzliches Fahrgastaufkommen generieren. Der positive Trend hin zu weiter steigenden Fahrgastzahlen bei öffentlichen Verkehrsmitteln wird aktuell dadurch verstärkt, das mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen, weil sie dem finanziellen Mehraufwand durch steigende Treibstoffpreise ausweichen oder dadurch ihren persönlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen.

Empirische Untersuchungen weisen regelmäßig nach, dass häufige Umsteigebeziehungen die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel schmälern und den Umstieg vom privaten Kraftfahrzeug zum ÖPNV oder SPNV erschweren oder verhindern. Außerdem sind zahlreiche Menschen von der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ausgeschlossen, weil die meisten Bahnsteige für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen unerreichbar sind bzw. Haltestellen und Fahrzeuge nicht entsprechend angepasst sind.

Die Menschen werden nur dann weiter auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, wenn sie möglichst ohne Umsteigen ihre Wohnung, ihren Arbeitsplatz oder ihre Freizeitaktivitäten erreichen. Deshalb fordern wir heute verbindliche Pläne für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft und deren Umsetzung. Informelle Konzepte und Masterpläne mit bunten Hochglanzbildern wie im Verkehrsentwicklungsplan geben gaukeln den Menschen eine unrealistische Zukunft vor.

Jede vermiedene Fahrt mit privaten Kfz entlastet das Düsseldorfer Straßensystem und die Menschen von vermeidbaren Lärm- und Luftbelastungen.

Deshalb beantragen wir

- **den barrierefreien Aus- und Umbau von Straßen- und U-Bahnhaltestellen zu forcieren. Für eine mobilitätsgerechte Umgestaltung von Straßen- und U-Bahnhaltestellen wollen wir 2,5 Mio. € bereit stellen,**
- **die Umsetzung eines Beschleunigungsprogramms für Busse und Straßenbahnen. Hierfür wollen wir 2 Mio. € im Haushalt bereitstellen,**
- **die Erarbeitung einer integrierten ÖPNV-Netzerweiterung zur verbesserten Anbindung des regionalen Nahverkehrs mit dem ÖPNV unter Berücksichtigung innerstädtischer Netzergänzungen / -erweiterungen.**

Ein weiterer Punkt beim Thema Verkehr und Mobilität ist die Tatsache, dass die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel in regelmäßigen Abständen steigen. Für die Düsselpass-Berechtigten bedeutet jedoch jede Preiserhöhung eine weitere Einschränkung ihrer Mobilität. Wir haben deswegen die Forderung von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Initiativen aufgenommen und wollen die Verwaltung beauftragen

- **in Zusammenarbeit mit der Rheinbahn AG ein sog. Sozialticket für den Personenkreis der Anspruchsberechtigten für den Düsselpass anzubieten. Die Stadt soll die Tickets als Großkunde mit einer Rabattierung durch den VRR. beziehen und die Differenz zwischen dem rabattierten Bezugspreis und dem noch festzulegendem Preis für die Kunden soll durch die Stadt bezahlt werden.**

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Leben im Stadtteil wird geprägt und gestaltet von den Aktivitäten vor Ort. Neben den traditionellen Vereinen des Sommer- und Winterbrauchtums haben sich vielerorts auch in Düsseldorf Initiativen und Gruppen gebildet, die sich für ihren Stadtteil engagieren. Auch haben sich in verschiedenen Stadtteilen sog. Stadtbezirkskonferenzen gegründet, in denen die im Stadtteil ansässigen Schulen, Kitas, Vereine, Geschäftsleute, etc. zusammenarbeiten.

Diese Quartierbezogene freiwillige Arbeit braucht ebenfalls Unterstützung. Bewohnerinnen und Bewohner, die sich für „ihr“ Quartier interessieren und engagieren sind

eine wichtige Ressource und ein wesentliches Element sozialräumlichen Handelns.
Wir beantragen deshalb

- **zur Unterstützung von bürgerschaftlichen Aktivitäten in den Stadtteilen, einen Quartierfonds einzurichten und hierfür 200.000 € mit jeweils 20.000 € pro Stadtbezirk aufgeteilt, bereitzustellen.**

Aus den Mitteln des Quartierfonds sollen Projekte und Initiativen nach festgelegten inhaltlichen Kriterien, beispielsweise der Verbesserung des Wohnumfeldes, der Förderung des Zusammenlebens der Kulturen oder zum Nutzen für Familien mit Kindern, gefördert werden. Die Entscheidung über die Verteilung der Mittel treffen die Stadtbezirkskonferenzen.